



Gemeindevorstandspräsident Ernst Schöpf: „Möchte als Bürgermeister nicht in der Haut der Abgeordneten stecken.“

Parteizwang und Verrat

Agrargemeinschaften. In Schönwies stimmte die ganze VP-Fraktion gegen das Budget, weil es die Agrareinnahmen beinhalten würde, und im Landtag stimmten auch die Bürgermeister von ÖVP und SPÖ gegen die umgehende Stärkung der Gemeinden. Mandatare zwischen Parteizwang und Verrat.

Ernst Schöpf ist ganz offen: „Ich sehe mich da eher als Beobachter und muss ehrlich sagen, dass ich nicht unbedingt als Bürgermeister in der Abgeordnetenmantel stecken möchte. Mir ginge es dabei nicht gut. Da hätte ich Schlafstörungen und vermutlich Magengeschwüre.“

Ob die Bürgermeister Heinrich Ginter (ÖVP/Elmen), Anton Mattle (ÖVP/Galtür), Jakob Wolf (ÖVP/Umhausen), Andreas Köll (ÖVP/Matrei), Elisabeth Blantik (SPÖ/Lienz), Hans-Peter Bock (SPÖ/Fließ) und Klaus Gasteiger (SPÖ/Kaltenbach) sich wach durch finstere Nächte quälen und nur noch leichte Kost vertragen, ist nicht bekannt. Und doch könnte die letzte Sitzung des Tiroler Landtags für sie Auslöser von so manchem körperlichen Unbehagen gewesen sein.

Die Opposition hatte sie auf ein Podest gestellt und in gleißendes Licht gehüllt, denn mit den Stimmen der im Landtag sitzenden sieben Bürgermeister der Ko-

alitionsparteien wäre jene Mehrheit möglich gewesen, mit der ein Dringlichkeitsantrag durchgegangen wäre. Es war nicht irgendein Antrag. „Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine Novelle des TFLG (Tiroler Flurverfassungsgesetz – Anm.) vorzubereiten und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen, wonach das gesamte atypische Gemeindegut samt dem daraus erwirtschafteten Vermögen in das Eigentum der Gemeinde (zurück) übertragen wird“, lautete er. Andreas Brugger (Bürgerforum) hatte den Dringlichkeitsantrag formuliert, weil längst klar geworden ist, dass die im Februar 2010 in Kraft getretene TFLG-Novelle im Zusammenhang mit den Rechten der Gemeinden gegenüber den Agrargemeinschaften zahn- und wirkungslos ist. „Das neue Agrargesetz hat die Agrarfunktionäre an den Hebeln gelassen und den Gemeinden die Rechte zugesprochen“, stellt Fritz Dinkhauser und Andreas Brugger am

Tag vor der Landtagssitzung fest. „Das Resümee nach einem Jahr ist deutlich, dieses Modell funktioniert nicht. Die Gemeinden kommen nicht zu ihrem Recht, bis heute hat keine Gemeinde auch nur einen Euro ihres Vermögens erhalten.“ Darum der Antrag. Und weil täglich Gemeindegeld verschwindet, weil die Gefahr virulent ist, dass Unterlagen vernichtet werden und die Agrarfunktionäre den Gemeindegürgern auf der Nase herumtanzen, die Dringlichkeit. „Das ist die Nagelprobe für diese sieben Bürgermeister. Sie müssen beweisen, ob sie Bürgerfreunde oder Bürgerfeinde sind, ob sie auf der Seite der Partei oder auf der Seite der Bürger stehen“, spitzten Dinkhauser und Brugger die Situation zu.

Am nächsten Tag war klar, dass die Parteien Vorrang haben, denn der Dringlichkeitsantrag bekam nicht die notwendige Mehrheit. Ginter, Mattle, Wolf, Köll, Blantik, Bock und Gasteiger waren auf ein Podest gestellt worden und stellten sich durch



Andreas Brugger, Fritz Dinkhauser (re.): „Das neue Agrargesetz hat die Agrarfunktionäre an den Hebeln gelassen.“

ihr Abstimmungsverhalten selbst an den Pranger. Denn damit wurden die betroffenen Gemeinden und die Bürgermeisterkollegen wieder sich selbst und der immer übler werdenden Auseinandersetzung mit der bürgerfeindlichen Agrarierclique überlassen.

DAS LUDER GIER. Eventuelle Schlafstörungen und Magengeschwüre könnten geheilt werden, wenn sich die sieben Bürgermeister beim März-Landtag besinnen und dem dann auf normalem Weg zu behandelnden Antrag zustimmen. Für Jakob Wolf könnte der direkte Anreiz, sich im Landtag für die Gemeinden einzusetzen, dadurch gegeben sein, dass vermutlich alle acht Gemeindeguts-Agrargemeinschaften seiner Gemeinde vor die Höchstgerichte gehen wollen. Und das, obwohl in erster wie in zweiter Instanz bestätigt wurde, dass sie aus Umhauener Gemeindegut entstanden sind. Als Landtagsabgeordneter hätte er ein starkes Instrument in der Hand, um das teure und langwierige Prozedere in seiner Gemeinde zu verkürzen und seinen Gemeindegürgern endlich zu ihrem Recht zu verhelfen. Hans-Peter Bock wiederum hat erst Ende Jänner bekräftigt, dass die Feststellungsverfahren der Agrargemeinschaften obsolet seien und eingestellt werden müssten. Angesichts der durch die Landesbehörden forcierten Verzögerungstaktik der Agrarier hatte Bock darauf hingewiesen, dass es zu Amtshaftungsansprüchen der Gemeinden gegen das Land kommen könnte, und er hat das Land aufgefordert, schnell zu han-

deln. Als Mitglied des Landtages kann er aus der Forderung einen Befehl machen.

Die Partei- und Koalitionszwänge machen die unrühmliche Pattsituation noch unmöglicher. Dass die Mitglieder der Landesregierung und der Koalitionsparteien im Landtag mit ihrem Verhalten die Zustände decken und durch ihr Nichthandeln die Agrarier dazu motivieren, Verfahren in die Länge zu ziehen und den Gemeindeanteil mutwillig zu schmälern, ist offensichtlich.

Nur vor diesem Hintergrund sind Dinge

möglich, wie sie etwa in Mieders passieren. Dort müsste lange schon ein Sachwalter die Agenden der Agrargemeinschaft erledigen. Weil eben klar geworden war, dass die Agrargemeinschaft nicht einmal im Traum daran denkt, das VfGH-Erkenntnis oder das Gesetz anzuerkennen, war die Entscheidung des Landes, in Mieders einen Sachwalter einzusetzen, mit großem Hurra begrüßt worden. Doch die Agrargemeinschaft hat Einspruch gegen die Sachwalterschaft eingelegt und darf ungehindert weiter machen. Kaum zu überbieten sind die Rechnungen, welche die Agrargemeinschaft Mieders im Jänner 2011 vorgelegt hat. Die Agrargemeinschaften wurden durch die TFLG-Novelle verpflichtet, zwei

Rechnungskreise zu führen. Im Rechnungskreis I müssen die agrarischen Einnahmen (Wald und Weide für den Eigenbedarf) angeführt werden. Sie stehen der Agrargemeinschaft zu. Im Rechnungskreis II müssen die außerlandwirtschaftlichen Einkünfte (Verkauf, Verpachtung oder sonstige Nutzung der Gemeindegrundstücke) angeführt werden. Letztere sind die Substanzerträge, sie bilden den Löwenanteil und stehen der Gemeinde zu. Von der Agrargemeinschaft Mieders nun wurde errechnet, dass der Agrargemeinschaft (Rech-

„Bis heute hat keine Gemeinde auch nur einen Euro erhalten.“

Fritz Dinkhauser, Bürgerforum Tirol

nungskreis I) 1,6 Millionen Euro gehören und die Gemeinde (Rechnungskreis II) ein Minus in Höhe von 153.000 Euro auf dem Konto hat. Das sind die Irrsinnigkeiten, die von den Landesverantwortlichen gedeckt werden. Das Luder heißt Gier und das Land schaut zu, wie die Agrargemeinschaften in einer Seelenruhe die Gemeinden über den Tisch ziehen. Wieder. Weil der Diebstahl Tradition hat?

DAS BEKENNTNIS. Ein weiterer Höhepunkt dieser alten Übung wurde in der Gemeinde Schönwies geliefert. Dort fanden sich die Gemeinderäte am 17. Jänner 2011, um das Budget des laufenden Jahres abzusegnen. Wie üblich, waren der Budget-



Jakob Wolf, Hans-Peter Bock (re.): Parteizwang vor Dienst am Bürger.



DAS GRUNDÜBEL. Ende Jänner 2011 forderte er, die Gemeinden umgehend als Verwalter für die Agrargemeinschaften einzusetzen. „Es ist ein Konstruktionsfehler, dass die Agrargemeinschaften treuhänderische Verwalter des Gemeindegutes sind“, sagt er. „Sie rücken erst dann etwas heraus, wenn sie mit Gerichtsbeschluss dazu verpflichtet werden.“ Die Agrargemeinschaften haben eine Zahlungsverpflichtung gegenüber den Gemeinden, eine Verpflichtung, die sie weder ernst noch wahrnehmen.

„Bis heute ist es so, dass die Bürger ihren Zahlungsverpflichtungen im Großen und Ganzen nachkommen, ohne dass dabei ein Richter oder Jurist eingeschaltet werden muss“, erklärt Schöpf. „Von dem ist man auch bei der Konstruktion der Agrargemeinschaften grundsätzlich ausgegangen, aber die Praxis zeigt, dass das nicht funktioniert. Das Grundübel ist, dass jene, die die Zahlungsanweisung geben müssten, damit gegen ihr sehr subjektives Eigeninteresse handeln müssen. Und da scheint die charakterliche Reife nicht gegeben zu sein.“

Im Jahr 2008 hatte Professor Karl Weber durch den Vergleich – Gemeinden sind Hauseigentümer, Agrargemeinschaften sind Hausmeister – deutlich gemacht, in welchem Verhältnis die Agrargemeinschaften

erstellung Diskussionen voraus gegangen und am Ende hatte es keine großen Einwände gegen die Verteilung der Gelder (3,1 Millionen Euro) gegeben. Bürgermeister Willi Fink hatte 180.000 Euro in das Budget aufgenommen, einen Betrag, den die Agrargemeinschaft Schönwies bislang durchschnittlich aus der Substanznutzung der Gemeindegrundstücke (Schotterabbau, Verpachtung, Jagdpacht) eingenommen hatte. Längst steht fest, dass die Agrargemeinschaft Schönwies eine Gemeindeguts-Agrargemeinschaft ist und diese Einnahmen der Gemeinde zustehen.

Doch bei der Abstimmung zum Jahresvoranschlag kam es zum Eklat. Die Mitglieder der Schönwieser ÖVP-Liste stimmten geschlossen gegen das Budget. Weil Bürgermeister Fink die Einnahmen aus dem Gemeindegut einberechnet hatte. Dieses Abstimmungsverhalten bestätigte, dass in der Schönwieser VP, der Liste Ingrid Zadra, nach wie vor einer das Sagen hat. Bauernbunddirektor und Ex-Agrargemeinschaftsobmann Peter Raggl. Entlarvend war die VP-Weigerung, dem Voranschlag zuzustimmen nicht nur, weil es dabei ja um das gesamte finanzielle Leben der Gemeinde geht und die Mandatare dem Überleben der Agrargemeinschaft mehr Wert beigemessen haben. Entlarvend war auch, dass es der im letzten Jahr als Obmann und Listenführer zurückgetretene Raggl war, der für die Liste und die Agrargemeinschaft sprach.

Im Bezirksblatt Landeck wurde berichtet, dass Raggl den Bürgermeister wissen ließ, dass im heurigen Jahr kein Geld fließen werde. „Dafür werden wir sorgen. Außer es gibt eine einvernehmliche Lösung“,

wurde Raggl zitiert. Dass der Bauernbunddirektor so unmissverständlich feststellte, dass „seine“ Agrargemeinschaft zu den ignoranten Hardlinern zählt und er einvernehmliche Lösungen forciert, die sich für die Gemeinden als letzter Sargnagel ihrer Rechte am eigenen Gut und Geld herausgestellt hatten, war doch bemerkenswert.

Das Entsetzen über Raggl's Verhalten und das der VP-Liste blieb aber nicht auf Schönwies beschränkt. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Schönwieser Pauken-

schlags meldete sich Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf zu Wort, stellte fest, dass Peter Raggl und die Agrargemeinschaften die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes ignorieren, und forderte die Agrarbehörde auf, in der Agrargemeinschaft Schönwies einen Sachwalter einzusetzen.

Während die Schönwieser zumindest darüber beruhigt sein können, dass die VP nicht die Mehrheit hat im Gemeinderat und das Budget mit sieben zu sechs Stimmen angenommen wurde, oder darüber beruhigt sein können, dass die Gemeinde angekündigt hat, der Agrargemeinschaft das Geld fällig zu stellen, machte Ernst Schöpf klar, dass er so rasch keine Ruhe geben wird.

„Sie rücken erst dann etwas heraus, wenn sie mit Gerichtsbeschluss dazu verpflichtet werden.“

Ernst Schöpf, Gemeindeverbandspräsident

ten zur Gemeinde stehen. Darum wäre es auch kein Problem, die Gemeinden als Verwalter ihres Gemeindegrundes einzusetzen. Als Spontanreflex reagierte Bauernbundobmann Anton Steixner auf Schöpf's Forderung damit, zu behaupten, dies sei rechtlich nicht möglich. „Davon war ich nicht sonderlich überrascht“, so Schöpf. „Ich höre allerdings rechtskundige Menschen sagen, dass es geradezu eine Verpflichtung des Gesetzgebers sei, dafür zu sorgen, dass das Gemeindegut auch zur Geltung gebracht wird.“

Wenn die gesetzgebenden Bürgermeister dieser Verpflichtung nachkommen würden, wären sie sicher vor Schlafstörungen und Magengeschwüren gefeit.

Alexandra Keller

Foto: freifritz (2)